

Ortlieb, Heinz-Dietrich

Article — Digitized Version

Nach Hanns-Martin Schleyer

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Ortlieb, Heinz-Dietrich (1977) : Nach Hanns-Martin Schleyer, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 57, Iss. 11, pp. 540-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135127>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Nach Hanns-Martin Schleyer

Der Tod Hanns-Martin Schleyers ist, so meine ich mit nachdenklichen Menschen in unserem Land, ein Einschnitt in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Wir müssen ihn als Einschnitt begreifen. Von dieser Stunde der Trauer und der Besinnung muß eine verwandelnde Kraft ausgehen. Wir dürfen nicht zulassen, daß sein Tod sinnlos wird. Das sind wir Hanns-Martin Schleyer schuldig.“ Dies waren die Schlußworte des Bundespräsidenten in seiner Gedenkrede für den Ermordeten. Schon wenige Wochen danach sieht es nicht so aus, als ob bereits von diesem Tode eines opferbereiten Menschen jene verwandelnde Kraft ausgehen wird, deren unser Gemeinwesen für seine Gesundung so dringend bedürfte.

Schon ist der desolate Haider der Parteien wieder ausgebrochen. Die Opposition präsentierte eine Zitatensammlung, deren Zusammenstellung in ihren Unzulänglichkeiten deutlich machte, daß es hier weit mehr um parteipolitische Effekte als um die Dingfestmachung der geistigen Väter des Terrorismus ging. Die sozialliberale Koalition redete aus Angst vor jenen im eigenen Lager allzu schnell und obenhin wieder von einer Hetzjagd auf intellektuelle Kritiker und wußte dabei nicht zwischen Kritikern und Diffamierern zu unterscheiden. Der Terrorismus aber sammelt inzwischen neue Kräfte und bereitet neue Aktionen vor. So steuern wir weiterhin Situationen zu, die früher oder später einen Ausnahmezustand unvermeidlich machen müssen.

Weil wir den Satz, daß die Freiheit unteilbar sei, unbezogen tabuisierten, erlaubten wir bereitwillig allzu vielen, die Freiheit in ihren verschiedensten Erscheinungsformen, ob als Meinungs- und Pressefreiheit oder als Demonstrations- und Mitbestimmungsrecht, durch ständigen Mißbrauch zu zerstückeln. Und der Staat als vermeintlich einziger Bedroher der Freiheit war verurteilt, dem tatenlos zuzusehen. Vor lauter Angst, die Freiheit zu verlieren, waren wir offensichtlich bisher nicht in der Lage, sie wirkungsvoll zu verteidigen. Immer noch sind wir vernarrt in die Vorstellung von gleichen Freiheitsrechten, die unbezogen allen zuteil werden sollen. Immer noch vermögen wir nicht zu erkennen, weshalb nur denjenigen die gleichen Rechte zugebilligt werden können, die bereit sind, auch bei anderen diese Rechte anzuerkennen und die mit ihnen korrespondierenden Pflichten zu übernehmen. Nur derjenige kann im vollen Umfang die Achtung seiner Menschenwürde verlangen, der selbst Menschenwürde besitzt. Menschenwürde ist kein Konsumgut, das uns ständig anzuliefern ist; vielmehr ist sie etwas, um das sich jeder erst einmal selbst zu bemühen hat.

Unser Grundgesetz hat uns als Staatsbürgern leider das Wichtigste vorenthalten. Es sichert uns zwar Rechte zu, aber es schweigt (von der sozialen Verpflichtung des Eigentums abgesehen) zu unseren Pflichten. So mußte eine verantwortungs- und pflichtlose Anspruchsgesellschaft entstehen, und als ihr letzter Auswuchs der Terrorismus und die Unfähigkeit,

ihm zu widerstehen und ihn zu bekämpfen.

Der Mensch lebt nicht von Brot allein; und schon gar nicht aus einer Freiheit, die keine überpersönliche Bindung kennt. Nur wenige vertragen ein Playboy-Dasein, ohne zu „entglücken“ oder gar zu verunglücken. Wenn man den Menschen einzureden sucht, ihr Leben sei der Güter höchstes, so wissen sie nichts damit anzufangen und werfen es weg. Die Stammheimer Häftlinge opferten es für einen abstrusen und zerstörerischen Zweck. Offenbar hielten sie es für erträglicher, für den Nonsens absoluter Feindschaft zu sterben, als ohne Zweck zu leben.

Hanns-Martin Schleyer wußte noch von der Verpflichtung, notfalls bis zum Letzten für Staat und Volk einzustehen, d. h. Verantwortung auch für die freiheitliche Existenz künftiger Generationen zu tragen. Er gehörte zu einem Jahrgang, für den über alle Irrungen und Wirrungen der Zeitläufte hinweg dies eine Selbstverständlichkeit geblieben war. Nur wenn sein Beispiel wieder Leitbild wird, dessen Anerkennung nicht schüchtern und mit bösem Gewissen erbeten, sondern von allen als Selbstverständlichkeit abverlangt wird — und von denen am meisten, die am höchsten stehen —, wird der Terrorismus wirkungsvoll bekämpft werden können und schließlich von selbst versiegen. Andernfalls erklären wir Staat und Gesellschaft als nicht verteidigungswert, machen sie damit verächtlich und bestätigen das hinrichtende Urteil der Terroristen über sie.

Heinz-Dietrich Ortlieb